



Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen



Wintersession des Nationalrates:

Der Spardruck ist erfolgsentscheidend

Thürnen, 22. Dezember 2025

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde, Kolleginnen und Kollegen

Es war in der Tat eine ereignisreiche Wintersession. Wir konnten die Schuldenbremse einhalten, aber die Disziplin beim Ausgabenwachstum wird uns auch 2026 fordern. Ausserdem haben wir endlich wieder vernünftige Rahmenbedingungen für den Export von Rüstungsgütern und eine fast schildbürgerliche Beamtenwillkür konnte revidiert werden mit der «Bagatellgrenze».

Im höchsten Masse unschweizerisch war die Kampagne der Linken und die Behauptung, dass die Gewalt gegen Frauen ohne eine zusätzliche Million fürs Gleichstellungsbüro nicht verschwinden werde. Eine geradezu absurde Medienkampagne folgte. Sollte solches künftig Schule machen – wird dies die parlamentarische Arbeit erschweren.

Bundesfinanzen (25.041)

Die guten Nachrichten zuerst: Mit dem Budget für das Jahr 2026 wird die Schuldenbremse eingehalten. Somit konnte das Budget verfassungskonform abgeschlossen werden. Stände- und Nationalräte debattierten stundenlang über das Budget. Doch mein Fraktionskollege Alex Farinelli brachte das Wesentliche in wenigen Sekunden auf den Punkt: «Ein Budget ist kein Wunschzettel. Es ist ein Bekenntnis zur Verantwortung, für heute und für die kommenden Generationen. Prioritäten zu setzen, ist kein Zeichen von Schwäche, sondern von politischer Reife. Ein starker Staat ist nicht ein grosser Staat. Ein starker Staat ist ein Staat, der seine Aufgaben erfüllt – und nicht mehr.» Da hat er recht, dennoch wäre ich persönlich der Meinung gewesen, weiteres Potenzial für eine Begrenzung des Ausgabenwachstums ist vorhanden!

Disziplin wird auch nötig bleiben, denn in den kommenden Jahren steht der Bundeshaushalt massiv unter Druck. Es drohen Defizite in Milliardenhöhe. Deshalb hat Bundesrätin Karin Keller-Sutter das Entlastungspaket 2027 von zwei bis drei Milliarden geplant. Wie immer gilt: es handelt sich dabei nicht um ein Sparprogramm, wie die Linke kritisiert, sondern eher will man damit das stetige Ausgabenwachstum begrenzen.

Der Ständerat hat die Vorlage erstmals behandelt, doch die Stimmung war eher «ausufernd». Wir müssen in der Frühjahrssession 2026 dafür kämpfen, dass das Entlastungspaket möglichst eingehalten wird. Der eine oder andere Wunsch wird nicht in Erfüllung gehen, aber meines Erachtens wird das notwendig sein.

Zudem fordern wir mit einer Fraktionsmotion die Lancierung eines Entlastungspakets 2029 ([25.4514](#)). Der Spardruck muss aufrechterhalten werden.

Hoffnung für Schweizer Arbeitsplätze ([25.024](#))

Künftig dürfen Schweizer Rüstungsbetriebe auch Kriegsmaterial an westliche Partner-Länder liefern, die sich in einem bewaffneten Konflikt befinden. Endlich! Nach über drei Jahren Blockade haben sich die Bürgerlichen geeinigt. Zudem soll der Bundesrat ein Vetorecht erhalten, beispielsweise wenn er die Neutralität der Schweiz gefährdet sieht. Auch bei der Wiederausfuhr von Waffen sollen mildere Regeln gelten. Grundsätzlich sollen alle Länder, die Rüstungsgüter in der Schweiz kaufen, diese künftig weitergeben können. An dem Kompromiss hat die FDP und unser Sicherheitspolitiker Heinz Theiler stark mitgearbeitet. Während der Debatte hielt er fest, dass die Schweiz während des Hickhacks der vergangenen drei Jahre einen Teil ihrer unverzichtbaren Rüstungsindustrie, wertvolles Know-how und unzählige Arbeitsplätze verloren habe. Bei der neuen Regelung gehe es nicht um unkontrollierte Exporte, sondern um die Wahrung der bewaffneten Neutralität. Linke Kreise kündigten bereits an, das Referendum gegen die Aufweichung des Kriegsmaterialgesetzes zu ergreifen – unverständlich und beschämend. Wir werden uns in diesem Abstimmungskampf mit all unserer Kraft dafür einsetzen, die Schweizer Rüstungsindustrie zu erhalten.

Ein Schildbürgerstreich der Verwaltung sondergleichen (Meine Motion [25.4313](#))

In der Herbstsession habe ich in meiner Funktion als Präsidentin der Swiss Retail Federation eine Motion eingereicht. Dies vor allem aufgrund unzufriedener Mitglieder von kleinen und mittleren Detailhändler. Per 1. Januar 2025 wurde die 2-Gramm-Bagatellregel in der Verordnung über die Mengenangabe im Offenverkauf und auf Fertigpackungen abgeschafft. Neu müssen Kundinnen und Kunden beim Abwägen von Waren, die im Offenverkauf verkauft werden, angeben, ob die Ware ohne Verpackung, mit einem Schutzsack oder einer anderen Verpackung gekauft wird. Davor war das Nettogewicht von maximal zwei Gramm massgebend. Die Änderung hat neben der Software-Umstellung der Waagen (Auswahlmöglichkeit) sowie Kontrollkosten für Unternehmen auch für die Kundschaft einen Mehraufwand kreiert. Meine Motion fordert, dass die Bagatellregel in den Mengenabgabeverordnung wieder eingeführt wird. Die Verwaltung hat hier ohne Not eine gut eingespielte Regelung verkompliziert. Das war unnötig und hat die Kundschaft aber auch die Detailhändler geärgert. Die Rückkehr zur alten Regel ist schnell gemacht – jetzt können diejenigen gewerblichen Detailhändler, die die Umstellung noch nicht gemacht haben den Aufwand und Kosten sparen und bekommen die unternehmerische Freiheit im Rahmen der Bagatellregel von 2 g zurück. Selbst der Bundesrat sieht es so und hat dieser Motion zugestimmt. Das kommt nicht alle Tage vor! Das darf ich als Erfolg verbuchen. Liest man den NZZ-Artikel, den ich in dieser Mail beigefügt habe, kommt man zum Schluss, was hier die Verwaltung mit ihrer Änderung eingeführt hat, gleicht einem Schildbürgerstreich. Dem müssen wir Einhalt gebieten. Ja man kann sich nun sicher auch fragen, warum ich dieses Anliegen aufgenommen habe. Angesichts der weltweiten Krisen wirkt ein Hin und Her bei Detailregulierungen kleinlich.

Aber, gerade damit wir unseren hohen Lebensstandard halten und auf grössere Herausforderungen gut reagieren können, ist es wichtig, dass wir bei neuen Vorschriften oder Verschärfungen, die den Handlungsspielraum einschränken, genau hinschauen. Problematisch wird es, wenn die Verwaltung ohne Not Regulierungen verschärft oder erlässt, die Unternehmen ohne klaren Mehrwert finanziell und administrativ belasten und den Einkauf für die Kundschaft zusätzlich verkomplizieren.

Mir ist wichtig, dass Verwaltung und Politik sorgfältig abwägen, welche neuen Vorschriften oder Verschärfungen wirklich nötig sind. Fehlleistungen sind zu korrigieren, und ich setze mich dafür ein, dass solche Entscheide künftig mit mehr Augenmass getroffen und die Auswirkungen auf Alltag und Kosten frühzeitig berücksichtigt werden.

Für einen starken Föderalismus und Eigenverantwortung ([24.080](#))

Unsere Fraktion lehnte in der Debatte im Nationalrat sowohl die Feuerwerks-Initiative als auch den indirekten Gegenentwurf ab und folgte damit der Empfehlung des Bundesrates. Zwar würdigte die Fraktion die Anliegen des Tier- und Umweltschutzes als wichtig, kritisierte jedoch den Trend zu immer neuen Verboten und staatlicher Bevormundung. Im Zentrum der liberalen Argumentation stand die Eigenverantwortung: Statt radikaler Einschränkungen forderten wir ein gesundes Augenmass und den Erhalt von Traditionen. Zudem wurde betont, dass eine nationale Regelung unnötig sei, da die Kantone wie auch die Gemeinden bereits heute über die Kompetenz verfügen, Feuerwerke lokal zu regulieren. Für mich war klar, dass unser föderalistisches System diese Fragen ohne zusätzliche Bürokratie und Freiheitseinschränkungen löst. Trotz dieses Einsatzes sprach sich der Nationalrat für einen indirekten Gegenentwurf aus. Das Geschäft wird nun von der Schwesterkommission im Ständerat beraten.

FDP bekämpft Wirtschaftskiller bis zum Schluss ([23.086](#))

Wir haben uns bis zur Schlussabstimmung gegen das Investitionsprüfgesetz gewehrt. Leider hat das Bundesparlament das Gesetz verabschiedet. Immerhin konnte dank uns Schlimmeres verhindert werden. So wurde der Anwendungsbereich des Gesetzes zumindest eingeschränkt.

Das Gesetz ist und bleibt jedoch ein Wirtschaftskiller. Es ist nicht nur überflüssig, sondern auch eine Gefahr für die langjährig erarbeitete Wettbewerbsfähigkeit und die internationale Attraktivität der Schweiz. Mit dem Gesetz wächst die Bürokratie und ausländische Interessenten werden abgeschreckt. Ein Investitionsprüfgesetz führt zu einem Rückgang des Investitionsvolumens.

Gleichzeitig steht das Investitionsvolumen aufgrund der Situation mit den USA bereits unter Druck. In der aktuellen Weltunordnung ist ein Investitionsprüfgesetz deshalb das schädlichste aller Rezepte. Die internationale Attraktivität der Schweiz ist daher umso wichtiger.

Wir waren die einzige Fraktion, die das Gesetz während des gesamten Gesetzgebungsprozesses konsequent bekämpft hat. Einmal mehr hat sich gezeigt, dass sich nur wir um Arbeitsplätze und gute Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen kümmern.

Wenn ich auf das Jahr zurückblicke, dann sehe ich grosse Bewegungen, die mich sorgen aber auch Licht am Ende des Tunnels. Es ist der Schweiz gelungen, den amerikanischen Zollhammer zu begrenzen, wir haben das Europa Dossier auf dem Tisch, die Wirtschaftslage ist noch stabil, die europäischen Staaten versuchen ihre Misere in den Griff zu bekommen. Der Krieg in der Ukraine tobt weiter. Es liegen anspruchsvolle Zeiten vor uns. Die Schweiz tut gut daran, an ihren Tugenden festzuhalten. Wir brauchen Haushaltsdisziplin und müssen für Investitionen offen bleiben. Unser Wohlstand beruht auf dieser Offenheit, der Wettbewerbsfähigkeit und der Leistungsbereitschaft. Wir müssen unsere direkte Demokratie nach innen und aussen verteidigen und zusammen stehen.

Ich freue mich gerade in diesen strengen Zeiten auf etwas ruhigere, besinnliche Festtage im Kreis meiner Lieben. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, Ihre Rückmeldungen und Ihre Unterstützung und wünsche Ihnen und Ihren Familien herzlichst frohe Weihnachten und einen gesunden und erfolgreichen Jahresbeginn 2026!

Herzlich,

Daniela Schneeberger

Daniela Schneeberger

daniela.schneeberger@parl.ch

www.danielaschneeberger.ch

